

Vorwort

E-Partizipation liegt im Trend. Nach einer – etwas kryptischen – Grafik auf der Titelseite der Zeitung eGovernment-Computing“ („Die Zeitung für IT-gestützte Verwaltung von Kommune und Staat“) haben 76% ePartizipation in Anwendung oder Diskussion/Planung, 20% haben nichts dergleichen geplant und 4% haben keine Angaben gemacht. Man erfährt leider nicht, um wen oder was es sich bei den 76% handelt und auch nicht, was unter ePartizipation verstanden wird. (Nachdem für 4% „keine Angaben“ vorliegen, kann vermutet werden, dass es sich um eine Umfrage handelt, vielleicht unter Kommunen). Sicherlich ein Zeichen dafür, dass man bei den Dingen, die mit dem Präfix „e-verbunden“ sind, häufig nicht genau weiß, worum es sich dabei handelt. Im vorliegenden Buch möchten wir mehr Klarheit schaffen, und zwar zum Thema Bürgerhaushalte und Web 2.0. Konkret geht es darum, was da genau gemacht wird und wie dies zu bewerten ist.

Web 2.0 Anwendungen haben die Praxis von Bürgerhaushalten in Deutschland zweifelsohne stark beeinflusst. Ohne Web 2.0 wären Haushaltsrechner, mit denen Bürgerinnen und Bürger einen kommunalen Haushalt nach den eigenen Präferenzen aufstellen können, oder auch die Sammlung von Bürgervorschlägen mit der unmittelbaren Möglichkeit für alle Bürgerinnen und Bürger, diese zu bewerten und zu kommentieren, nicht möglich. Es ergeben sich faszinierende neue Möglichkeiten, die in der Theorie bis hin zu einer Neuerfindung der Demokratie (an)gepriesen werden. Mindestens 94 „elektronische Bürgerhaushalte“ soll es 2011 in Deutschland gegeben haben (siehe Kapitel 5). Endlich scheint die Idee der klassischen Demokratie, wie sie in Athen verwirklicht worden ist, wo alle Bürgerinnen und Bürger permanent in die Entscheidung und Administration aller öffentlichen Angelegenheiten einbezogen sind, auch in modernen Massengesellschaften möglich. Aber, „grau ist alle Theorie“, wie es in Goethes berühmtem Faust-Zitat heißt. Wir versuchen die Praxis von Bürgerhaushalten daher einer eingehenden Analyse anhand typischer Fallbeispiele zu unterziehen.

Die Wirklichkeit ist oft nicht ganz so „spektakulär“, wie sie von den Augen verkündet worden ist. Dies betrifft nicht zuletzt die sozialen Netzwerke im Web. In Trier wird bereits die Frage der „Facebookratie“ diskutiert. Angestoßen von der dortigen FDP:

„Diese Frage wurde kürzlich in einer Zeitungskolumne aufgeworfen. Gemeint war die, u.a durch die FDP-Fraktion getragene, Entscheidung des Stadtrates gegen einen Rückbau der Tankstelle in der Ostallee. Dies war im Vorfeld von mehreren tausend Facebook-Usern gefordert worden. Eigentlich eine begrüßenswerte Form von bürgerschaftlichem Engagement. Die Gegner dieses Beschlusses führten jedoch als Argument durchaus berechtigt ins Feld, dass auch der ursprüngliche Plan zum Abbau der Tankstelle bereits das Ergebnis eines Beteiligungsprozesses im Rahmen eines Bürgergutachtens war.“¹

Der Vorschlag, die Tankstelle zu erhalten, schaffte es im Bürgerhaushalt 2011 trotz aller Facebook-Aktivität nicht unter die am „Besten“ bewerteten 60 Vorschläge, die durch die Verwaltung näher geprüft werden. Interessant ist, dass der gleich bewertete Vorschlag „Grünflächenpatenschaften durch Kinder- und Jugendeinrichtungen“ insgesamt 62 Mal bewertet wurde. Die „Tankstellenfrage“ aber 225 Mal (der folgende Vorschlag dann wieder nur 79 Mal).² 225 Bewertungen sind zwar keine „tausende“, vielleicht weil eine Bewertung im Bürgerhaushalt eben doch noch etwas aufwendiger ist als einen „Gefällt mir“ Button anzuklicken. Öffentliche „Aufgeregtheit“ zu erzeugen, was früher nur den lokalen oder überregionalen Medien (Presse) vorbehalten war, ist nun, dank der neuen Plattform Facebook, für jeden möglich.

Auch in der Stadt Speyer hat „Facebook“ eine neue Qualität der Bürgerbeteiligung bzw. des bürgerschaftlichen Engagements hervorgebracht. Nachdem das Bild eines – vor einem Supermarkt – von „scheinbar alkoholisierten, lärmenden Jugendlichen“ „schwer verletzten“ älteren Bürgers auf der Facebook-Seite der Stadt Speyer veröffentlicht wurde, gab es eine überwältigende Menge an Sympathiebekundungen für den Angegriffenen auf Facebook. Spontan fand sich auch eine Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern zusammen, die der weiter zunehmenden Gewalt in Speyer etwas entgegen setzen will. In der bislang letzten Meldung der Lokalpresse zu diesem Vorfall lesen wir hierzu:

„Für ein friedliches Miteinander in Speyer“ heißt die Gruppe, die sich nach den gewalttätigen Übergriffen auf .. zunächst im Internet-Netzwerk Facebook gegründet hat (wir berichteten mehrfach). Nach den Vorfällen am 30. Dezember, als der 61-Jährige von drei bisher nicht identifizierten Jugendlichen vor seinem Haus in der .. krankenhausreif geprügelt wurde, trifft sich die Gruppe heute, 19 Uhr, in der Kneipe .., erstmals auch real. ..

Wie die Frau des Opfers, .., ankündigte, habe ein Kreis von rund 20 Leuten sein Kommen zugesagt. Inzwischen ist auch bekannt, dass .., als er am 30. Dezember gegen 23.30 Uhr, vor die Tür trat, einen Stock dabei hatte. „Um mich zu wehren“, wie

¹ FDP Trier (2011).

² Vgl. Stadt Trier (2011a).

er gegenüber der RHEINPFALZ sagte. Wie die Polizei gestern auf Anfrage mitteilte, habe .. nach gegenwärtigen Ermittlungen den „Spazierstock“ nicht von Anfang an bei sich gehabt. Das Opfer habe ihn sich wohl aus dem Eingangsbereich seines Hauses geholt, als die Situation für ihn bedrohlich zu werden schien, um sich zu schützen, so der Polizeisprecher. Nach Informationen der RHEINPFALZ sollen die mutmaßlichen Täter keine „Waffen“ mit sich geführt haben. Der Spazierstock sei dem Opfer abgenommen und gegen ihn verwendet worden. Der Stock ist von der Polizei sichergestellt worden.“³

Das obige Zitat verzichtet auf die Wiedergabe von Namen und Adressen (Auslassungen durch „...“ gekennzeichnet). Etwas, das auf Facebook natürlich nicht der Fall ist. Die Facebook-Beispiele zeigen aber, dass diese Aktivitäten kuriose oder auch bizarre Folgen haben können, dass also die Nutzung von Web 2.0 auch Probleme demokratischer Legitimation auf der einen, sowie des Datenschutzes auf der anderen Seite aufwerfen.

Die Stadt Worms hat unter dem Titel „Haushalt im Dialog“ im Jahr 2011 die Bürgerinnen und Bürger mittels eines Online-Portals beteiligt.⁴ Die Bürgerinnen und Bürger konnten Vorschläge und Ideen im Rahmen der Haushaltsaufstellung einbringen. 631 Personen haben teilgenommen und 265 Vorschläge sind auf der Online-Plattform eingegangen. Teilgenommen haben damit etwas mehr als 0,75% der ca. 80.000 Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Worms. In Rheinland-Pfalz, dem Bundesland in dem Worms liegt, sind im Durchschnitt ca. 4,3% der Einwohner politisch engagiert. In den politischen Parteien des Landes sind immerhin noch ca. 2,4% der Einwohner engagiert.⁵

Wie ist also die Beteiligungsform des Bürgerhaushalts, speziell auf einer Internet-Plattform, zu bewerten? Im Folgenden wird versucht, diese Frage zu beantworten!

Nachdem wir alle aktuellen Bürgerhaushalte der Jahre 2009 und 2010 intensiv betrachtet haben, ließen sich bestimmte typische Vorgehens- und Verfahrensweisen feststellen (siehe Kapitel 2). Wir haben dann besonders charakteristische Fälle ausgewählt (Freiburg im Breisgau, Hamburg, Marzahn-Hellersdorf (Berlin), Potsdam und Trier) und alle zugänglichen Informationen recherchiert. Teilweise haben wir uns auch als Teilnehmer „registriert“, um die technischen und inhaltlichen Möglichkeiten einschätzen und bewerten zu können. Unserer Evaluation zugrunde gelegt haben wir einen demokratietheoretischen Bezugsrahmen

³ Die Rheinpfalz (2012).

⁴ Vgl. Stadtverwaltung Worms (2012).

⁵ Vgl. Masser (2013 (forthcoming)).

(Kapitel 3), der die Bewertung der Modelle ermöglicht hat. In den Kapiteln 4 und 5 liefern wir eine detaillierte Dokumentation und Diskussion unserer Daten und Recherchen. In Kapitel 6 folgt dann das Fazit.



<http://www.springer.com/978-3-658-01035-5>

Bürgerbeteiligung und Web 2.0

Potentiale und Risiken webgestützter Bürgerhaushalte

Masser, K.; Pistoia, A.; Nitzsche, P.

2013, XV, 181 S. 64 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-01035-5